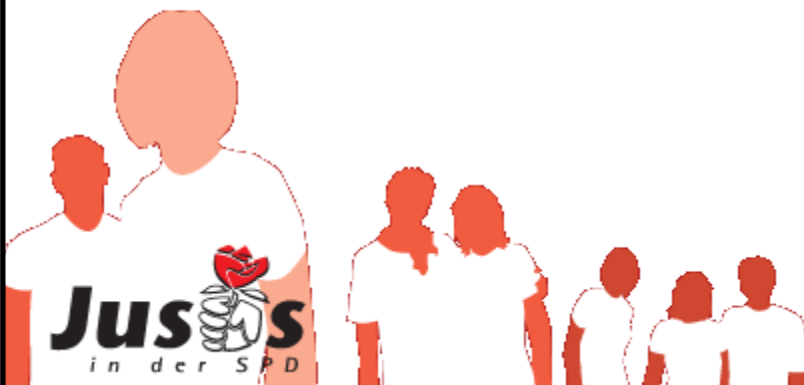


Beschlussbuch

„Für ein solidarisches Miteinander.
Unsere Richtung: links!“

Juso-Kreisverbandskonferenz 16. Februar 2008
Osnabrück Land



Antragsübersicht		
Antragsbereich	Nummer	Antrag
A Arbeitsprogramm	A 1	Arbeitsprogramm 2008-2010: „Für ein solidarisches Miteinander. Unsere Richtung: Links!“
B Bildung	B 1	Unentgeltliche Praktika verbieten. Für gerechte Bildungs- und Ausbildungschancen bei uns in Niedersachsen.
	B 2	Studiengebühren weiterhin abschaffen!
I Inneres	I 1	Gegen Rechtsextremismus – Für eine tolerante Gesellschaft! Doppelstrategie gegen Rechts
	I 2	Für eine gute Integrationspolitik!
S Soziales	S 1	Zukünftige Finanzierung der Betreuung pflegebedürftiger Menschen sichern
	S 2	Erhöhung des Vermögensfreibetrags von ALG II Empfängern auf 1500,-- EUR.
U Umwelt	U 1	
W Wirtschaft	W 1	Änderung der Subventionspolitik.
	W 2	Europäischen Mindestlohn verwirklichen!
IN Initiativantrag	IN 1	Freie Fahr für den Zug der Erinnerungen
R Resolution	R 1	Keine Verschlechterung der Bildungsqualität zugunsten eines früheren Berufseinstiegs Bildung braucht Zeit!

A 1Antragssteller:
Kreisvorstand

Kreisverband Osnabrück-Land

 angenommen abgelehnt überwiesen an:**Arbeitsprogramm 2008-2010:**

„Für ein solidarisches Miteinander.“

Unsere Richtung: links!“

Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

1. Prolog: Unsere Grundsätze

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Maßstäbe einer besseren Gesellschaft.

Ein jeder Mensch strebt nach einem Leben in Selbstbestimmung. Ökonomischer Wohlstand und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sowie die Möglichkeit der Entwicklung der individuellen Fähigkeiten müssen dabei Basis einer gerechten und chancengleichen Gesellschaft sein. Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung, sowie ein neoliberaler Kapitalismus sind die Gegenspieler einer solchen Gesellschaft. Die Menschen müssen in Freiheit, Sicherheit und ohne Armut leben können. Um dies zu erreichen brauchen wir gesellschaftsübergreifende Solidarität, ein solidarisches Miteinander.

Diese Solidarität stellt die Basis einer gerechten Gesellschaft, welche für uns bedeutet, dass Menschen unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Weltanschauung, sozialer Stellung und Vorlieben gleiche Möglichkeiten und gleiche Teilhabechancen an Wohlstand und Macht besitzen.

2. Situation der jungen Menschen im Osnabrücker Land

Das Osnabrücker Land bietet ein hohes gesellschaftliches Potential, auch und gerade bei jungen Menschen. Die Jugend in diesem Landkreis will eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Unsere Aufgabe als Jusos ist, für eine solche Gesellschaft zu kämpfen.

Dabei ist vielerorts die Situation unbefriedigend. Die CDU-FDP und UWG Gruppe im Kreistag hat dafür gesorgt, dass junge Menschen schlechter dastehen als je zuvor. Trotz steigender Einnahmen, sind die Ergebnisse für die Jugend bescheiden.

Die Streichung von weiteren Geldern bei der Sportförderung und der Kreismusikschule stellt dabei ein erhebliches Hindernis zur persönlichen Entfaltung der jungen Menschen in unserem Landkreis dar. Es kann nicht sein, dass gerade an Sportvereinen und in der Musikschule, wo Jugendliche friedlich zusammenkommen und ihre persönliche Entfaltung ausleben können, weiter gespart wird.

Noch viel schlimmer sieht es aber bei den arbeitslosen Jugendlichen aus. Wenn der Anteil dieser an der Gesamtzahl der Arbeitslosen bei über 10 Prozent im Bezirk der Agentur für Arbeit Osnabrück liegt, kann man nicht von einer positiven Bilanz sprechen. Wer Menschen schon in so frühem Alter eine Teilhabe an der ökonomischen Eigenständigkeit und damit Sicherheit verwehrt, der handelt im höchsten Maße unsolidarisch! Wer nicht in die Jugend investiert, der investiert auch nicht in die Zu-

1 kunft. Denn es ist erwiesen, dass derjenige, der in jungen Jahren nicht in Arbeit vermittelt wird, auch
2 später kaum eine Chance dazu hat. Wir wollen keine Langzeitarbeitslosenkarrieren! Junge Menschen
3 brauchen Perspektiven und diese können sie nur durch ökonomische Sicherheit erreichen.
4

5 Auch der Umgang mit der finanziellen Situation des Landkreises wird dem Anspruch der Nachhaltig-
6 keit nicht gerecht. Der Landkreis hat über 20 Millionen Euro Schulden. An Abbau ist gar nicht ge-
7 dacht. Hingegen wird das RWE-Aktienpaket mit über 140 Millionen Euro Gesamtvolumen weiterhin
8 wie ein Götzenbild behandelt. Das ist nicht weitsichtig. Unter dem Gesichtspunkt der Generationen-
9 gerechtigkeit fordern wir einen zeitnahen Schuldenabbau.
10

11 Zudem sind wir gerade auf kommunaler Ebene immer mehr mit neoliberaler Politik konfrontiert. Wir
12 müssen mit ansehen, wie unser öffentliches Gut zunehmend durch Privatisierung ausverkauft wird.
13 Das ist nicht hinnehmbar! Die Versprechen von Effizienzgewinnen und „schlanken Staat“ werden
14 nicht eingelöst. Statt einer Verbesserung der Dienstleistungen ist oftmals eine Verschlechterung die
15 Folge. Das öffentliche Gut gerät in Gefahr, wenn es nur noch den Zahlungskräftigen zur Verfügung
16 steht. Zudem leiden Mitbestimmung und Demokratie, wenn die Verantwortung für kommunale Ver-
17 sorgung bei global agierenden Konzernen liegt. Wir stehen weiteren Privatisierungen und Auslage-
18 rungen von kommunalen Aufgaben daher kritisch gegenüber. Nicht der Profit hat über unsere ge-
19 meinsame Zukunft zu entscheiden, sondern die Politik, welche die einzige legitime Instanz ist, als
20 Vertreter der Bürgerinnen und Bürger.
21

22 Bei der Schulträgerschaft des Landkreises stellt sich ebenso eine unzumutbare Situation dar. Zum
23 einen werden viele Standorte, insbesondere die Haupt- und Realschulen, vernachlässigt. Zum ande-
24 ren steigen die Ausgaben bei der Schülerbeförderung durch die Landespolitik der CDU-FDP-
25 Regierung. Aber auch die Zumutung an Schülerinnen und Schüler bei den Schülerbussen ist nicht
26 hinnehmbar. Völlig überfüllte Busse sorgen für ein erhöhtes Risiko dieser jungen Menschen!
27

28 Die regionale Anbindung an die Stadt Osnabrück bedeutet für die gesellschaftliche Struktur, dass
29 viele Studentinnen und Studenten in unserem Landkreis wohnen. Aus unserem Verständnis heraus,
30 dass wir gleiche Chancen auf Bildung wollen, ergibt sich, dass wir Studiengebühren, gleich welcher
31 Art, ablehnen. Schaut man sich die Sozialstruktur der Studenten an, so muss man feststellen, dass
32 kaum noch Studentinnen und Studenten aus der unteren Mittelschicht oder gar darunter studieren.
33 Studiengebühren verhindern somit gleiche Bildungschancen. Hinzu kommt, dass die Studiengebüh-
34 ren nicht wie versprochen für die Verbesserung der Lehre benutzt werden, sondern stattdessen da-
35 mit sogar Heizkosten bezahlt werden. Das ist für uns Jusos nicht hinnehmbar. Wir fordern deswegen
36 eine generelle Abschaffung der Studiengebühr. Wir wollen, dass alle Menschen studieren können,
37 gleichwohl aus welcher Schicht sie kommen. Die Studentinnen und Studenten sind nicht dafür da,
38 Verschuldungslöcher der Landesregierung zu stopfen!
39

40 Letztlich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Rechtsradikalen in unserem Landkreis wieder
41 aktiver geworden sind. Der Kauf des ehemaligen Bahnhofsgebäudes in Melle, der Wahlkampfauftakt
42 in Georgsmarienhütte, der versuchte Kauf des ehemaligen Kurhauses in Bad Essen oder die zuneh-
43 mende Präsenz von rechtem Gedankengut auf den Schulhöfen des Landkreises sind hierfür Beweis
44 genug. Wir müssen aktiv und organisiert dieser Bedrohung entgegen treten. Rechtsradikalismus ist
45 kein Problem der ostdeutschen Länder und keine Randerscheinung. Vielmehr sind die Rechten wie-
46 der in der Mitte der Gesellschaft angekommen, von der sie wieder gegen den Staat, andersdenkende

1 Menschen und Minderheiten mobilisieren. Diesem muss mit allen Mitteln Einheit geboten werden.
2 Wir wollen eine Gesellschaft, in der ein jedes Individuum sich, gleichwohl welcher Nationalität, Vor-
3 lieben, Religionszugehörigkeit oder Hautfarbe, frei entfalten und leben kann.

4
5 Hierfür streben wir auch eine parteiübergreifende Zusammenarbeit in der antifaschistischen Bewe-
6 gung an.

7 8 **3. Wo stehen die Jusos**

9
10 Die Jusos im Osnabrücker-Land sehen sich mit den oben aufgezeigten Situationen konfrontiert. Dabei
11 sind wir quantitativ und qualitativ hervorragend aufgestellt. Wir bilden die einzige linke Alternative
12 zu den Konservativen in diesem Landkreis.

13
14 Wir erreichen durch unsere Arbeit und Präsenz die jungen Menschen, die erkannt haben, dass
15 Gleichheit, Freiheit und persönliche Entfaltung nur durch ein solidarisches Miteinander zustande
16 kommt. Dabei haben wir es in den letzten Jahren geschafft, gerade in der Arbeit gegen Rechts Prä-
17 senz zu zeigen. Die Jusos sind fester Bestandteil der Gegendemonstrationen gegen Rechts.

18
19 Aber auch unsere strategische Positionierung in den Parlamenten ist gestiegen. Anders als die ande-
20 ren etablierten Parteien, haben wir es geschafft, dass nun auch junge Menschen im Kreistag sitzen.
21 Es sind Jusos, die dort mit den beiden jüngsten Kreistagsabgeordneten die Interessen der Bürgerin-
22 nen und Bürger vertreten und keine Julis, JU- oder Grüne-Jugend-Mitglieder. Auch in den Orts- und
23 Stadträten unserer Gemeinde sind wir sehr gut aufgestellt. Nicht zuletzt aber auch im Landtag. An
24 diesen Erfolgen gilt es weiter zu arbeiten.

25
26 Innerparteilich sind die Jusos noch immer eine der aktivsten Arbeitsgemeinschaft. Dabei setzen wir
27 auch auf Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften, also der AG 60 plus, der AfA, AfB,
28 AGS, ASG, ASJ und der ASF. Im Kreisvorstand der SPD haben wir zudem eine starke und engagierte
29 Präsenz.

30
31 Zudem sind wir Jusos auch ein feministischer Verband. Wir bekennen uns klar zu einer Gesellschaft,
32 in der Gleichstellung für alle Menschen gilt, egal welchen Geschlechts. Wir begrüßen, dass die SPD in
33 ihrem neuen Grundsatzprogramm den Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männli-
34 che Gesellschaft überwinden.“ aufgenommen hat. Für unsere Arbeit vor Ort bedeutet dies umso
35 mehr, dass wir uns für diese Gleichstellung einsetzen. Der neue Vorstand des Kreisverbandes wird
36 sich intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzen und gemeinsam mit Partnern, wie der ASF, für
37 eine menschlichere Gesellschaft arbeiten.

38
39 Wir sind also gut aufgestellt. Diese Aufstellung der Jusos ist die Grundlage für eine positive Arbeit.
40 Wir können unsere Arbeit auf viele Schultern tragen und unsere Vorstellung einer besseren, solidari-
41 scheren und gerechteren Gesellschaftsform breit über den gesamten Landkreis hinweg auch nach
42 außen artikulieren.

43

1 **4. Aufgaben der Jusos**

2

3 Der zukünftige Vorstand der Jusos im Osnabrücker-Land wird sich auf diversen Feldern verstärkt oder
4 neu positionieren. Ziel ist, als Jusos stärker in Erscheinung zu treten und so für ein solidarisches Mi-
5 teinander zu kämpfen. Hierfür ergeben sich sieben Kernarbeitsschwerpunkte des neuen Vorstandes.

6

7 **4.1 Unsere Meinung klar artikulieren und in die öffentliche Diskussion einbringen**

8

9 Wir bekennen uns zwar als Jugendorganisation der SPD, müssen aber auch kontroverse Meinungen
10 in die Partei hineintragen und für Mehrheiten dafür kämpfen. Wir sind nicht der verlängerte, junge
11 Arm der SPD, sondern können und wollen unsere eigene Meinung einbringen. Dies wollen wir durch
12 unsere Mitglieder in den jeweiligen Parteigremien erreichen, durch eine verstärkte kontinuierliche
13 Pressearbeit und durch Einbringung von Anträgen auf Parteitag.

14

15 Zudem wollen wir wieder eine eigenständige Internetpräsenz haben. Neben der Kontaktaufnahme
16 sollen dort unsere Positionen klar erkennbar sein. Wir werden die Internetpflege auf die Vorstands-
17 mitglieder aufteilen.

18

19 Der neue Vorstand wird auch kontinuierlich Kampagnen durchführen, um das eigene Profil zu schär-
20 fen. Wir wollen durch kurzfristige Aktionen, auch außerhalb des Wahlkampfes, unsere Themen in die
21 Öffentlichkeit bringen.

22

23 **4.2 Wahlen gewinnen**

24

25 Die Jusos werden gerade im Wahljahr 2009, in dem Europa- und Bundestagswahlen anstehen, wieder
26 aktiv der SPD helfen. Wir verstehen uns dabei aber nicht nur als die jungen, vorausgesetzten Wahl-
27 kampf helfer, sondern wollen uns auch thematisch einbringen. Für uns ist aber klar, dass wir uns in
28 den Jungen Teams organisieren und den Kandidatinnen und Kandidaten aktiv helfen werden, die
29 Wahlen zu gewinnen. Auch werden wir uns darum kümmern, dass wieder ein Jungwählerbrief zur
30 Verfügung stehen wird.

31

32 **4.3 Bildungsarbeit nach Innen**

33

34 Wir streben eine verstärkte Seminararbeit an. Inhaltlich wollen wir dabei den Teilnehmerinnen und
35 Teilnehmern ermöglichen, sich in thematischer Argumentation zu stärken, aber auch Techniken zu
36 erlernen, wie sie diese Argumentation öffentlich darstellen können. Auf Grund der erhöhten Anzahl
37 von Jusos in Parlamenten werden wir für diese spezifisch, kommunalpolitische Angebote anbieten.
38 Wir wollen dabei nicht unbedingt ganze Wochenendseminare anbieten, sondern verstärkt auf Tages-
39 seminare setzen. Konkret wollen wir mindestens zwei bis drei Tagesseminare und ein Wochenend-
40 seminar anbieten. Gleichzeitig wollen wir unsere Angebote für alle Jusos im Bezirk Weser-Ems öff-
41 nen.

42

43 **4.4 Kooperationen nach Außen**

44

45 Eine wichtige Kernaufgabe des neuen Vorstandes wird es zudem sein, Kontakte zu anderen gesell-
46 schaftlich linken, etablierten Jugendorganisationen, wie beispielsweise Gewerkschaftsjugend, Jugend-

1 dauszubildendenvertretungen, Kirchenjugend, Schülervertretungen und Antifa, neu zu organisieren
2 oder zu pflegen. Wir wollen gemeinsam unsere Vorstellung einer solidarischen, gerechten und frei-
3 heitlichen Gesellschaft austauschen und dafür sorgen, dass wir in diesen gesellschaftlichen Gruppie-
4 rungen präsent sind, gleichzeitig sich die Organisationen durch die Jusos in der SPD artikulieren kön-
5 nen.

6

7 **4.5 Arbeit gegen Rechtsradikalismus**

8

9 Gerade in der Vergangenheit ist die rechte Szene in unserem Landkreis stärker geworden. Die Aktivi-
10 tätäten gehen über das herkömmliche Stammtischgeräte und den typischen Stammwählern hinaus. Für
11 den neuen Vorstand der Jusos bedeutet dies, dass wir unsere Arbeit gegen Rechts verstärken müs-
12 sen. Um dies zu erreichen wird der neue Vorstand ein Konzept erarbeiten, welches zwei Handlungs-
13 schwerpunkte vorsehen soll:

14

- 15 1. Überparteiliche Bündnisse schließen und pflegen, denn nur gemeinsam ist man stark genug.
16 Wir wollen uns aktiv und als Jusos wahrnehmbar in den Bündnissen einbringen.
- 17 2. Verstärkte Aufklärungsangebote, durch Material- und Seminarangebote für junge Menschen.
18 Wir wollen, dass die Jugendlichen Argumente gegen Rechts haben, damit erst kein Nährbo-
19 den für rechtes Gedankengut vorhanden ist.

20

21 **4.6 Neumitglieder mobilisieren**

22

23 Letztlich müssen wir dafür sorgen, dass wir weitere Neumitglieder erhalten und die Kontakte zu ih-
24 nen pflegen. Wir müssen als attraktive Jugendorganisation uns auch quantitativ stärken. Denn nur
25 durch eine starke Basis können wir unsere Interessen ausreichend artikulieren und durchsetzen.
26 Hierfür wollen wir eine ansprechende Jugendkampagne durchführen. Denn nur eine breite, starke
27 und linke Jugendorganisation der SPD, kann mithelfen, für ein solidarisches Miteinander zu streiten
28 und es zu etablieren.

29

30 **4.7 Einbindung der Juso AGs**

31

32 Die Juso AGs sind die Basis der Arbeit unseres Verbandes. Um bestehende AGs weiter zu stärken und
33 neubildende AGs zu unterstützen, wollen wir die Juso AGs aktiver unterstützen. Der neue Vorstand
34 wird hierfür Sitzungen vor Ort besuchen und eine stärkere Einbindung der Juso AGs an die Kreisver-
35 bandsarbeit voran treiben. Hierfür wird ein zusätzlicher Verteiler angelegt, bei dem gerade interes-
36 sierte Jusos mit im Kreisverband eingebunden werden können. Der Verteiler soll neben nicht nur
37 über die Arbeit des Vorstandes informieren, sondern darüber hinaus auch die Jusos mit Material und
38 Einladungen versorgen sowie zur Mitarbeit motivieren.

B 1Antragssteller:
AG Hasbergen angenommen abgelehnt überwiesen an:

Kreisverband Osnabrück-Land

1 Unentgeltliche Praktika verbieten.**2 Für gerechtere Bildungs- und Ausbildungschancen bei uns in Niedersachsen.**

3

4 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

5

6 Eine DGB-Studie aus dem Februar 2007 zeigt, dass über 40% der Hochschulabsolventen/innen nach
7 dem Abschluss Praktika absolvieren - drei Jahre zuvor waren es noch 25%. Die Hälfte der postgra-
8 duierten Praktikanten/innen sagte aus, dass ihnen das Praktikum bei der Stellensuche nicht geholfen
9 habe (Studie des Hochschulinformationssystems April 2007). Oftmals übernehmen die Praktikanten/
10 innen Aufgaben von regulär Beschäftigten, allerdings ohne entsprechende Entlohnung. Jeder
11 zweite in der DGB-Studie Befragte arbeitete nach dem Studium unbezahlt. Wie sehr sich die Unter-
12 nehmen auf den "Praktikantenarbeitsmarkt" mittlerweile eingerichtet haben, zeigt die Tatsache, dass
13 im April 2006 ganze 43% der Online-Stellenausschreibungen der DAX-Unternehmen Praktika bzw.
14 Studentenjobs waren.

15

16 Diese Studie zeigt das die Unternehmen einen Gefallen daran gefunden haben, gut ausgebildete jun-
17 ge Menschen einzustellen und nicht bezahlen zu müssen, denn die Firmen haben 100% Arbeitskraft
18 zu 0% Gehalt.

19

20 Ist es gerecht das Jugendliche, die gerade ihr Studium abgeschlossen haben, auch noch umsonst
21 Praktika machen sollen, damit sie Berufserfahrungen sammeln, obwohl sie bald auch ihr Studium
22 zurückzahlen müssen? Nein, ist es nicht und deshalb fordern wir, dass unbezahlten Praktika abge-
23 schafft gehören.

24

25 Selbstverständlich können Schülerpraktika unbezahlt bleiben. Um den Jugendlichen eine Berufsfin-
26 dung zu erleichtern, müssen die Betriebe Einbußen hinnehmen, wie zum Beispiel extra jemanden
27 abstellen, der sich um den oder die Praktikanten kümmert.

B 2Antragssteller:
Kreisvorstand angenommen abgelehnt überwiesen an:

Kreisverband Osnabrück-Land

28 Studiengebühren weiterhin abschaffen!

29

30 Die Juso Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

31

32 Die niedersächsische SPD wird aufgefordert, sich weiterhin gegen Studiengebühren auszusprechen
33 und bei einem Regierungswechsel die Studiengebühren unverzüglich zurückzunehmen.

1 Begründung:

2

3 Nach der Wahl ist vor der Wahl. Auch wenn die SPD die letzten Landtagswahlen verloren hat, so for-
4 dern wir Jusos, weiterhin die Abschaffung der Studiengebühren und fordern somit die SPD auf, sich
5 bei einem Regierungswechsel weiterhin hierfür einzusetzen.

6

7 Studiengebühren sind ungerecht und unsozial. Sie verhindern den freien Bildungszugang und werden
8 zudem auch missbraucht, damit das Land Niedersachsen an den Universitäten sparen kann. Dies
9 geschieht alles auf Kosten der Studenten. Das ist nicht hinnehmbar.

10

11 Mit der Verkürzung vieler Studiengänge auf 6 Semester (Bachelor) wird von den Studenten ein hoher
12 zeitlicher Aufwand gefordert, da in weniger Zeit viel mehr Inhalt erarbeitet werden muss. Die Stu-
13 diengebühren zwingen aber die Studenten gleichzeitig, weitere Nebenjobs anzunehmen. Wer stu-
14 diert, soll sich aufs Studium konzentrieren können und nicht auf Geldnöte.

15

16 Die sogenannten „Studienkredite“ sind eine Phrase. Sie sind Ausdruck der sozialen Kälte in diesem
17 Land. Denn wer reiche Eltern hat, braucht diese nicht aufzunehmen. Wer aber keine reichen Eltern
18 hat, hat am Ende des Studiums einen riesen Berg Schulden. Bei einem normalen Studium von 6 Se-
19 mestern Bachelor und 4 Semestern Master, belaufen sich diese auf 5.000 Euro. Hinzu kommen noch
20 die immer höher werdenden Semesterbeiträge für das Semesterticket und die Verwaltung.

21

22 Die soziale Spaltung der Gesellschaft ist an den Universitäten längst angekommen. Studenten soge-
23 nannter „bildungsferner Familien“ sind kaum noch anzutreffen.

24

25 Raus mit den Studiengebühren und rein mit sozialen und gleichen Bildungschancen!

11	Antragssteller: Kreisvorstand
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an:



Kreisverband Osnabrück-Land

26 **Gegen Rechtsextremismus – Für eine tolerante Gesellschaft!**

27 **Doppelstrategie gegen Rechts**

28

29 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

30

31 **1. Prolog**

32

33 Rechtsextremismus ist für uns Jusos keine Meinung, sondern eine aggressive Form der Manifestie-
34 rung von Menschenverachtung, Intoleranz, Gewaltausübung und totalitärer Herrschaftsform. Wir
35 Jusos bekennen uns dabei klar zur freiheitlich, demokratischen Grundordnung und sehen jegliche
36 Form von Rechtsextremismus als einen Angriff auf unsere Verfassung. Wir wenden uns somit gegen
37 jede Form des Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

Wir Jusos haben erkannt, dass das rechtsextreme Potential wesentlich höher ist, als die Wahlergebnisse der NPD und DVU widerspiegeln.

Rechtsextremismus ist dabei kein typisch ostdeutsches Problem, sondern der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Die Rechten sind schon längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Diesen Erfolg konnten sie aufgrund ihrer strategischen, ideologischen und kulturellen Neuorientierung erreichen. Die Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung, Homosexuelle, Juden und anderen Minderheiten in unserer Gesellschaft nehmen kontinuierlich an Zahl und Intensität zu. Gleichzeitig stellen sich die Rechten, als die Sozialen dar. Familienfeste, Kinderbetreuungsangebote, Hilfe bei Antragsstellungen und eine antikapitalistische und globalisierungsgegnerische Politik haben sie gesellschaftsfähig werden lassen. Linke Themen werden genauso von den Rechten missbraucht, wie linke Symbole. So ist rechtes Gedankengut mittlerweile bei vielen Jugendlichen verbreitet und fester Bestandteil der Jugendszene und Musikkultur geworden.

Sie werden nicht mehr nur als gewaltverherrlichend oder radikal erkannt. Bomberjacken, Stiefel und Glatzen sind nicht mehr unbedingt das typische Erscheinungsbild der Rechten. Die vier-Säulenstrategie geht folglich auf. In immer mehr Orten etablieren sich rechte Parteien. Geld spielt dabei keine Rolle. Herr Rieger kauft eine Immobilie nach der andern auf oder versucht zumindest durch mögliche Käufe, diese pressetauglich zu verarbeiten. Ganze Ortschaften werden zur „national befreiten Zone“ erklärt.

Auch treiben sie ihre falsche Geschichtsdeutung weiter voran. Sie versuchen durch Heldengedenktage für die gefallen Wehrmachtssoldaten und Gedenktage für die Opfer alliierter Bomben die Geschichte zu verdrehen. Zynisch wird es zudem, wenn Rechte anfangen Rosa-Luxemburg-Zitate auf Transparenten zu schreiben.

Zu unserem historischen Bewusstsein gehört aber, dass wir den Holocaust, die Erinnerung an die Folter, die Unterdrückung und Massenermordung von Minderheiten und alle weiteren Verbrechen, die von den Nazis begangen wurden nicht vergessen.

Aus diesem Grund ist die derzeitige Situation für uns Jusos nicht hinnehmbar. Wir besitzen die Vorstellung einer toleranten und offenen Gesellschaft. Wir wollen ein pluralistisches, solidarisches und tolerantes Miteinander, frei von jeder Form von Gewalt, Vorurteilen, Vor-Verurteilungen und jeglicher Art von Diskriminierungen.

2. Doppelstrategie gegen Rechts

Wir sind in einer derzeit kaum aushaltbaren Situation, dass rechte Parteien, namentlich die NPD, legal agieren können. Zum anderen verbreitet sich das rechte Gedankengut immer weiter in unserer Gesellschaft. Daraus folgern wir, dass wir Jusos gegen jegliche rechte Bewegung entschieden vorgehen müssen. Um hierbei erfolgreich zu sein, müssen wir eine Doppelstrategie verfolgen. Wir müssen den Rechtsextremismus von zwei Seiten bekämpfen, damit wir erfolgreich sein werden.

1 **2.1 NPD-Verbotsverfahren**

2

3 Wir Jusos fordern, dass das NPD-Verbotsverfahren wieder aufgenommen wird.

4

5 Gegner eines solchen Verbotes haben vier Kernargumente:

6

7 1. Ein NPD-Verbot wird an den V-Männern scheitern.

8 2. Es geht keine akute Gefahr von der NPD aus und somit würde ein Parteiverbot spätestens am
9 Europäischen Gerichtshof scheitern.

10 3. Sollte die Partei verboten werden, würde sie in den Untergrund abtauchen und wäre somit
11 schwerer zu beobachten.

12 4. Man soll Meinungen nicht verbieten, sondern argumentativ begegnen.

13

14 Sicherlich ist der erste Anlauf eines NPD-Verbotsverfahrens an dem ersten Kernargument geschei-
15 tert. Jedoch hat sich die Situation seit dem geändert. Mittlerweile ist für jede Bürgerin und jedem
16 Bürger offensichtlich, dass die NPD offen und eklatant eine gewaltbereite, gewaltausübende Partei
17 ist, die unsere Rechtsordnung und unsere Verfassung attackiert. Wenn führende Parteifunktionäre
18 offen über eine „Überwindung“ und „Zerschlagung“ dieser Staatsform reden, ein „Großdeutsches
19 Reich“ nach den „alten Grenzen“ fordern und dies auch in ihren Schriften verbreiten, so sind im Laufe
20 der letzten Zeit genügend Beweise zusammen gekommen, um die Partei verbieten zu können. Der
21 Staat braucht nicht mehr die V-Männer, um genügend Beweise aufzuführen. Die Beweise haben die
22 NPD-Politiker selbst zu genüge in den vergangenen Jahren erbracht.

23

24 Die Situation von der Gefahr von Rechts schätzen wir anders ein. Es besteht sehr wohl eine akute
25 Gefahr. Die Übergriffe mit rechtsradikalem Hintergrund auf Menschen nehmen kontinuierlich zu. In
26 immer mehr Parlamenten sind Rechte vertreten, sowohl auf Landes- aber auch gerade auf kommu-
27 naler Ebene. Wie lange soll man denn warten, bis es akut ist? So lange, bis man auf einmal selbst
28 verboten wird? Dies ist für uns Jusos kein Argument, da für uns jede Form von Rechtsradikalismus
29 nicht zumutbar und akut ist.

30

31 Auch wollen wir Rechtsextremismus nicht beobachten, sondern bekämpfen. Rechtes Gedankengut
32 gehört aus den Köpfen der Menschen heraus. Zudem haben wir festgestellt, dass wir die V-Männer
33 für ein NPD-Verbotsverfahren nicht nutzen müssen. Somit können sie weiter unentdeckt bleiben und
34 weiterhin dem Verfassungsschutz Informationen über die Aktivitäten zukommen lassen.

35

36 Wir erkennen an, dass man Meinungen argumentativ begegnen soll, aber für uns ist Rechtsextre-
37 mismus keine Meinung. Wie soll man einer Meinung die Freiheit einräumen sich unbeschwert zu
38 verbreiten, die das Ziel hat alle anderen Meinungen zu bekämpfen und auszurotten. Eine solche
39 Meinung muss mit allen Mitteln bekämpft werden!

40

41 Wir Jusos können nicht verstehen, warum wir eine solche Partei mit öffentlichen Steuergeldern fi-
42 nanzieren sollen. Der Staat fördert damit finanziell die eigene Abschaffung. Das ist unlogisch und
43 falsch!

44

45 Hinzu kommt, dass mit einem NPD-Verbot die zunehmenden Demonstrationen verboten werden
46 können. Derzeit sind den Ordnungsämtern alle Hände gebunden, um Demonstrationen der NPD zu

1 verbieten, da sie eine legale Partei ist. Auch könnte nach einem Verbot der NPD, diese nicht mehr
2 ihre CDs auf Schulhöfen verteilen und somit auf Fang von Jugendlichen gehen. Ein Verbot der Partei
3 würde ihr das öffentliche Forum entziehen.

4
5 Aus diesem Grund fordern wir, dass endlich alle Mittel genutzt werden, um die NPD zu verbieten.
6

7 **2.2 Bekämpfung rechten Gedankenguts**

8
9 Ein NPD-Verbot reicht jedoch nicht aus. Es entzieht den Rechten zwar die Legalität, nicht aber ihr
10 Gedankengut. Dieses gilt es aber endlich aus allen Köpfen zu entfernen und die Rechten wieder aus
11 der Mitte der Gesellschaft zu werfen.

12
13 An erster Stelle müssen wir Jusos dafür sorgen, dass sich das rechte Gedankengut nicht weiter ver-
14 breitet. Gerade bei Jugendlichen müssen wir dafür Sorge zu tragen, dass die Rechten kein Nährboden
15 mehr finden. Wir Jusos machen uns dafür stark, dass rechtes Gedankengut nicht mehr auf Schulhö-
16 fen verteilt wird und fordern eine stärkere Aufmerksamkeit von Eltern und Lehrkräften, sowie eine
17 organisierte Zusammenarbeit.

18
19 Eine flächendeckende und intensive Aufklärungsarbeit ist dabei fester Bestandteil unserer Arbeit.
20 Unser Ziel muss es sein, dass wir gemeinsam mit Bündnispartner über die Hintergründe rechtsextre-
21 mer Handlungen aufklären, rechtsextreme Argumente widerlegen und eine demokratische, tolerante
22 und kulturelle Alternative bieten.

23
24 Wir Jusos werden auch weiterhin gegen rechte Demonstrationen und andere Aktivitäten vor Ort
25 mobilisieren und uns aktiv an den Gegendemonstrationen beteiligen.

26
27 Für eine erfolgreiche Arbeit gegen rechtes Gedankengut muss diese mit ausreichend Geldern ausges-
28 tattet sein. Wir sind gegen jegliche Kürzungen bei den Stiftungen, die Projekte gegen Recht unter-
29 stützen. Die Arbeit muss langfristig, kontinuierlich und ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestat-
30 tet sein bzw. werden. Wir Jusos werden uns deswegen gegen jegliche Streichung finanzieller, öffent-
31 licher Mittel in diesem Bereich wehren.

32
33 Für die Arbeit innerhalb der Jusos bedeutet dies, dass wir die innerverbandlichen Strukturen stärken
34 und weiter aufbauen werden. Wir müssen den Landesverbänden und Bezirken helfen, die akut von
35 Rechtsextremismus betroffen sind. Wir müssen dabei geeignete Bedingungen schaffen, um das En-
36 gagement innerhalb und außerhalb des Verbandes zu stärken.

37
38 Letztlich kann aber die Arbeit gegen Rechts nur erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, dass wir den
39 Rechten ihren Nährboden entziehen. Wir brauchen eine Verbesserung der sozialen Situation, bessere
40 und breitangelegtere Bildung und ein funktionierendes Gerechtigkeitsgefühl, damit die Menschen
41 wieder Vertrauen in die Demokratie haben.

1 **Für eine gute Integrationspolitik!**

2

3 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

4

5 **Einführung**

6

7 Wir Jusos erkennen an, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Mehr als 15 Millionen Men-
8 schen sind in Deutschland Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund. Etwa ein Drittel der
9 ausländischen Bevölkerung lebt 20 Jahre und länger in Deutschland, ein Fünftel sogar länger als 30
10 Jahre. Über 70 Prozent der Ausländer unter 18 Jahren wurden in Deutschland geboren. Viele dieser
11 Menschen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, die meisten leben seit vielen Jahren oder seit
12 Generationen in diesem Land.

13

14 Auch müssen wir feststellen, dass sich die Integrationsbemühungen seitens der Politik zurückhalten.
15 Ein wirkliches Konzept der Integration liegt nicht vor. Viele Migrantinnen und Migranten sind in ih-
16 rem Alltag vielseitigen Diskriminierungen ausgesetzt. Gleichzeitig steigt gerade bei jungen Migrantin-
17 nen und Migranten der Unmut. Grund hierfür ist die Perspektivlosigkeit und die zunehmende popu-
18 listisch, politische Auseinandersetzung.

19

20 Wer Integrationspolitik ernst nimmt, verwendet dieses Thema nicht, um Ängste zu schüren oder
21 Wahlkämpfe zu führen. Eine solche Beschäftigung mit diesem immens wichtigen Politikfeld ist unse-
22 riös und bringt keine Seite weiter. Integrationspolitik lebt nicht von kurzfristigen Bekundungen, son-
23 dern von einer langfristigen, konzeptionellen und andauernden Integrationspolitik.

24

25 **Perspektivlosigkeit**

26

27 31,8 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund besuchen die Hauptschule, gegenüber 16,6 Pro-
28 zent der Schüler ohne Migrationshintergrund. 24,6 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund
29 besuchen ein Gymnasium, gegenüber 33,2 Prozent der Schüler ohne Migrationshintergrund.

30

31 Der Anteil derjenigen 25- bis 35-jährigen, die über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügen,
32 beträgt bei Personen mit Migrationshintergrund 41 Prozent, bei Personen ohne Migrationshinter-
33 grund 15 Prozent. Insgesamt verfügt mehr als jeder zweite Ausländer in Deutschland über keinen
34 beruflichen Bildungsabschluss.

35

36 Der Ausländeranteil bei den Auszubildenden ist seit über zehn Jahren rückläufig und von 9,8 Prozent
37 im Jahr 1994 auf 4,4 Prozent im Jahr 2005 gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug im Juni 2007 in-
38 sgesamt 8,8 Prozent, die der Ausländer 23,4 Prozent.

39

1 Hinter solchen Zahlen liegt die Begründete Perspektivlosigkeit junger Migrantinnen und Migranten.
2 Aus diesem Grund müssen gerade wir Jusos, als Jugendorganisation der SPD, eine Antwort geben.

3

4 **Rolle der SPD**

5

6 Lange wurde die SPD als die traditionelle Partei angesehen, welche die Migrantinnen und Migranten
7 in der Bundesrepublik repräsentierte. Gründe hierfür waren zum einen die starke gewerkschaftliche
8 Organisation von Migrantinnen und Migranten und die aus ihren Herkunftsländern resultierende
9 sozialdemokratische Prägung. Gleichzeitig waren immer vor Ort Sozialdemokraten, die sich um die
10 Belange der *Gastarbeiter* gekümmert hatten.

11

12 Die SPD nimmt nun aber zunehmend an Zuspruch in dieser Bevölkerungsgruppe ab. Der Grund liegt
13 auf der Hand, denn auch die SPD hat es verpasst ein *Konzept Integration* zu entwickeln, welches den
14 Ansprüchen von Migrantinnen und Migranten gerecht wird.

15

16 Die SPD muss also ihrer Rolle wieder gerecht werden. Sie muss sich auch strategisch wieder um die-
17 ses Klientel kümmern. Ziel muss dabei sein, dass ein Konzept entwickelt wird, wie Integration in
18 Deutschland erfolgreich gelingen kann.

19

20 **Die Rolle der Jusos**

21

22 Die Jusos haben sich bereits in der Vergangenheit mit dem Thema Integration stärker auseinander
23 gesetzt. Nicht zu letzt hat der letzte Bundeskongress die Einführung einer Netzwerkstelle Integration
24 auf Bundesebene eingeführt. Einige Verbandsteile haben bereits Arbeitskreise gebildet. Wir Jusos
25 müssen uns aber aktiv an der Entwicklung eines Konzeptes Integration beteiligen.

26

27 **Ziele**

28

29 Ein solches Konzept kann nicht einfach über Migrantinnen und Migranten hinweg entwickelt und
30 entschieden werden. Nur ein gemeinsam entwickeltes Konzept, kann letztlich von Migrantinnen und
31 Migranten getragen werden. Auch dies wäre ein erster Schritt zu einer besseren Integrationspolitik.

32

33 Wir Jusos müssen uns dabei durch Bündnisarbeit als zentraler politischer Ansprechpartner im Umfeld
34 der Migrationsorganisationen etablieren. Dadurch könnten wir auch gleichzeitig mehr junge Men-
35 schen mit Migrationshintergrund für den Verband gewinnen.

36

37 **Wege für die Jusos**

38

39 Für uns Jusos bedeutet dies, dass wir das Thema stärker in die Verbandsmittle hineinbringen müssen,
40 um uns aktiv an einem Integrationskonzept zu beteiligen. Dabei bedeutet dies, dass für uns Jusos
41 Integration als Querschnittsthema zu betrachten und immer wieder neu zu überprüfen ist. Gleichzei-
42 tig müssen wir mit Migrantenselbstorganisationen und anderen sozialdemokratischen Initiativen
43 Kontakt aufnehmen und uns vernetzen.

44

1 Am Ende kann hieraus ein für beide Seiten fruchtbares Integrationskonzept stehen. Wir wollen nicht
 2 übereinander entscheiden, sondern miteinander. Dies hilft Vorurteile abzubauen und Integrationspo-
 3 litik endlich sachlich zu führen.

4

5 **Konzept Integration**

6

7 Ein solches gutes Integrationskonzept umfasst folglich alle Fassetten des Migrantenlebens. Grundlage
 8 einer solchen Integration bildet Chancengleichheit.

9

10 Um diese zu erreichen muss der gesamte Bildungsbereich mit einbezogen werden. Frühkindliche
 11 Bildung, Angebote an Integrations- und Sprachkurse gehören dabei nur beispielsweise hinzugezogen.
 12 Ein solches Konzept muss die Potentiale und Ressourcen von Migrantinnen erkennen und fördern.
 13 Für uns Jusos ist dabei von besonderer Bedeutung, dass Jugendlichen mit Migrationshintergrund die
 14 Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verbessert werden.

15

16 Bürgerschaftliches Engagement kann ein weiterer Schlüssel zur Integration sein. Sport, kommunale
 17 Netzwerke und kulturelle Vielfalt durch kulturelle Teilhabe sind dabei nur Teilaspekte.

18

19 Wir Jusos wollen eine wirkliche, konzeptionelle Integrationspolitik. Eine solche Politik braucht Ziele,
 20 Zeit und starke Partner. Wir wollen einen solchen Partner bilden.

S 1	Antragssteller: AG Neuenkirchen
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an:



21 **Zukünftige Finanzierung der Betreuung pflegebedürftiger Menschen sichern**

22

23 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

24

25 Die Verantwortlichen in Bund, Land, Kreis und Gemeinden werden aufgefordert, eine Art „Eltern-
 26 Pflegegeld“ zur Stärkung der häusliche Pflege und zur Entlastung der Pflegekassen einzuführen.

27

28 Begründung:

29

30 Mit der steigenden Lebenserwartung von Frauen und Männern steigt auch die Zahl hilfe- und pflege-
 31 bedürftiger Menschen. Auch die Zahl von Demenzerkrankungen (Altersverwirrung) wächst. Die Bun-
 32 desregierung will allen hilfe- und pflegebedürftigen Menschen zusammen mit den Ländern Unters-
 33 tützung, Schutz und Hilfe anbieten.

34

35 Da in Deutschland immer weniger Kinder geboren werden, können die Kosten, die der Allgemeinheit
 36 durch den Zuwachs pflegebedürftiger Menschen entstehen immer schwieriger aufgefangen werden.

1 Eine immer weitere Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung stellt hier keine wirkliche
2 Lösung dar.

3 Ach Aufgrund der unserer Forderungen nach einer würdigen Pflege im Alter ist es also am sinnvollste,
4 wenn es die Bedingungen zulassen, die häusliche Pflege noch weiter zu stärken.

5

6 Eine Möglichkeit wäre hier ein so genanntes, Eltern-Pflegegeld''.

7 Es ersetzt 67 Prozent des bei eintretender Pflegebedürftigkeit eines Elternteils wegfallenden monat-
8 lichen Erwerbseinkommens bis maximal 1.500 Euro und beträgt auch für nicht erwerbstätige pfle-
9 gende Kinder mindestens 250 Euro.

10 Die Inanspruchnahme des „Eltern-Pflegegeldes'' ist natürlich freiwillig.

11

12 Unverbindliche Beispiel Rechnung (alle Angaben ohne Gewähr):

13

14 Pflegekosten Konventionell:

15 Im Heim: (Unterbringungskosten 570€)

16

17 Pflegestufe I: $1170€ + 570€ = 1740€$

18

19 Pflegestufe II: $1560€ + 570€ = 2130€$

20

21 Pflegestufe III: $1980€ + 570€ = 2550€$

22 *(aus Pflegebericht 2001)*

23

24 Pflegekosten mit „Eltern-Pflegegeld'' und Pflegegeld nach § 17 SGB XI:

25

26 Pflegestufe I: $205€ + 1500€ = 1705€$ (35€ Ersparnis)

27 Pflegestufe II: $410€ + 1500€ = 1905€$ (225€ Ersparnis)

28

29 Pflegestufe III: $665€ + 1500€ = 2165€$ (385€ Ersparnis)

30

31 (Alle Angaben in €/ Monat)

S 2

Antragssteller:
Kreisvorstand



Kreisverband Osnabrück-Land

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 **Erhöhung des Vermögensfreibetrags von ALG II Empfängern auf 500,-- EUR**

2

3 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

4

5 Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass durch eine Änderung des Sozial-
6 gesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) der Vermögensfreibetrag für ALG II-Empfänger auf 500,-- EUR
7 erhöht wird. Zudem sollen Vermögen, die in Riester-, Rürup- und Betriebsrenten und Bausparverträ-
8 gen stecken, bei der Vermögensprüfung nicht berücksichtigt werden.

9 Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, die entsprechenden Änderungen in den dazuge-
10 hörigen Bestimmungen (Durchführungsverordnung u.a.) vorzunehmen, solange es noch das SGB II in
11 der bestehenden Form gibt.

12 Begründung:

13 „**Freiheit** bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben“ so steht es in unserem Grundsatzprog-
14 ramm. Doch von selbstbestimmt kann nicht gesprochen werden, wenn der Staat in einem zu starkem
15 Maße auf das Ersparte zugreift, welches sich der mündige Bürger in langen Arbeitsjahren hart erar-
16 beitet hat, sobald dieser in eine Notsituation gerät.

17 Vor allem bei den Menschen setzt sich die Vorstellung fest, dass der Staat sie in dieser schwierigen
18 Lebenssituation im Stich lässt. Dies sorgt für eine Antipathie gegenüber den staatlichen Institutionen.

19 Dies ist ein sozialer Zündstoff für unsere Gesellschaft, vor allem da sich die Kluft zwischen Arm und
20 Reich in den letzten Jahren vergrößert hat.

21 Die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich darf nicht hingenommen werden.

22 Weiterhin trägt die bisherige Regelung Verantwortung dafür, dass die Arbeitnehmerinnen und Ar-
23 beitnehmer in großem Maße von Altersarmut betroffen sein werden. Wer im Falle der Bedürftigkeit
24 erst seine Ersparnisse aufbrauchen muss, muss wenn sie/er eine neue berufliche Tätigkeit aufnimmt,
25 wieder erneut beginnen, um Vorsorge für ihr/sein Alter zu treffen.

26 Dies führt nicht nur zu einer Spaltung in Arm und Reich, sondern viel mehr in eine Spaltung in Reich
27 und Arm und noch viel ärmere ältere Menschen.

28 Bei solch einer Aufteilung wird die Solidarität in unserer Gesellschaft immer kleiner und die soziale
29 Kälte immer spürbarer werden.

30 Bei dieser Entwicklung kann es nur einen Verlierer geben...das Proletariat.

31 Daher muss diesem Antrag zugestimmt werden

- 1 - damit die Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können und sie wissen,
- 2 dass der Staat dabei ihr Partner und nicht ihr Gegner ist.
- 3 - um die soziale Balance und die Solidarität in unserer Gesellschaft aufrechtzuerhalten.
- 4 - um die wachsende Altersarmut zu bekämpfen
- 5 - um das Proletariat vor sozialer Ausgrenzung zu bewahren.

U 1	Antragssteller: AG Georgsmarienhütte
	<input type="checkbox"/> angenommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> überwiesen an:



Kreisverband Osnabrück-Land

6 **Nutzung von Ökostrom und Infrarot gesteuerten Wasserhähnen in öffentlichen Gebäuden**

7
8 Die Juso Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

9
10 Umweltschutz und die Erhaltung der Natur sind wichtige Ziele der Jusoarbeit. Der voranschreitende
11 Klimawandel hat die Bundesrepublik erreicht. Dies merken wir an Stürmen wie z.B. Kyrill im Frühjahr
12 2007.

13
14 Die Bundesregierung hat zwar Gesetze zum Klimaschutz erlassen und ruft die Bevölkerung zum akti-
15 ven Klimaschutz auf, geht aber nicht mit gutem Beispiel voran.

16
17 Wir Jusos fordern:

18
19 Alle öffentlichen Gebäude der Bundesrepublik Deutschland müssen mit Strom versorgt werden, der
20 aus regenerativen Energien erzeugt wird. Denn es darf nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger dazu
21 aufgefordert werden, Energie zu sparen und regenerative Energie zu nutzen während öffentliche
22 Gebäude der Städte, der Länder und des Bundes mit Energie verschwenderisch umgehen. Vor allem
23 nutzen sie einen Strom-mix, der aus fossilen Brennstoffen und Kernenergie gewonnen wird. Schlecht
24 gedämmte Gebäude, in denen im Winter viel zu viel geheizt und im Sommer eine Klimaanlage ge-
25 nutzt wird. Auch wird hier eine recht große Menge Wasser verschwendet. Wasserhähne mit einer
26 Start-Stopp-Strategie lassen eine große Menge von Wasser durchlaufen.

27
28 Eine bessere Wärmedämmung, Wasserhähne, die mit Infrarotsensoren, sich unter dem Wasserhahn
29 befindliche Hände erkennen, und eine Änderung der Stromversorgung würden nicht nur der Umwelt
30 zu Gute kommen, sondern auch viel Geld einsparen.

W 1Antragssteller:
AG Neuenkirchen angenommen abgelehnt überwiesen an:

Kreisverband Osnabrück-Land

1 Änderung der Subventionspolitik.

2

3 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

4

5 Die Verantwortlichen in Bund, Land, Kreis und Gemeinden werden aufgefordert, an Unternehmen
6 und Konzerne gezahlte, und aus Steuermitteln finanzierte Subventionen noch stärker als bisher an
7 bestimmte Bedingungen zu knüpfen.

8

9 Begründung:

10

11 Subventionen, die an ein Unternehmen gezahlt werden, damit dieses Arbeitsplätze in Deutschland
12 schafft und auch erhält sollen noch stärker als es jetzt schon der Fall ist an bestimmte Bedingungen
13 geknüpft werden:14 es sollte generell so geregelt sein, dass gezahlte Subventionen zurückgezahlt werden, wenn das Un-
15 ternehmen Millionen- und Milliardengewinne einfährt.16 Sollte ein Unternehmen, das in Deutschland, trotz guter Geschäftszahlen, in der Vergangenheit sub-
17 ventionierte Arbeitsplätze fast grundlos abbauen, so sollten folgende Regelungen getroffen werden:

- 18 - Erhöhte Abfindungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
-
- 19 - Rückzahlung aller erhaltenen Subventionen ohne Ausnahme
-
- 20 - Strafzahlungen für jeden in Deutschland unnötig abgebauten Arbeitsplatz in angemessener
-
- 21 Höhe

22

23 Subventionen sollte dazu dienen den Menschen und der Gemeinschaft zu dienen, und nicht dazu da
24 sein, dass Unternehmen und Konzerne ihre Gewinne noch weiter steigern können.**W 2**Antragssteller:
Kreisvorstand angenommen abgelehnt überwiesen an:

Kreisverband Osnabrück-Land

25 Europäischen Mindestlohn verwirklichen!

26

27 Die Juso-Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

28

29 Wir Jusos fordern die Einführung eines europäischen Mindestlohns. Dieser soll sich an der jeweiligen
30 nationalen Kaufkraftparität orientieren. Die Erhöhung der Mindestlöhne soll dabei am Ende mindes-

1 tens 50 Prozent und perspektivisch 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens entsprechen.
2

3
4 Zur Durchführung und Überwachung soll die Methode der offenen Koordinierung angewendet werden. Auf europäischer Ebene sollen folglich die Ziel- und Zeitformulierungen gefasst und durch Monitoring überwacht, auf nationaler Ebene sollen dann die Mindestlöhne mit den dort üblichen Institutionen und Verfahren umgesetzt werden.
7

8
9 Zur Umsetzung können gesetzliche Mindestlöhne, allgemeinverbindliche Tarifvereinbarungen oder beides kombiniert angewendet werden, solange ein flächendeckender Mindestlohn gewährleistet ist.
10

11
12 Die Anpassung der Mindestlöhne soll durch ein Mischverfahren aus Konsultation- und automatischer Erhöhung vonstatten gehen.
13

14
15 Begründung:

16
17 **Grundlage**

18
19 21 von 27 Ländern besitzen bereits einen Mindestlohn. In der Höhe und Anpassung bestehen aber erhebliche Diskrepanzen. Bei den Ländern mit Mindestlöhnen lassen sich dabei drei Ländergruppen innerhalb der EU klassifizieren. So gehören zur ersten Gruppe mit relativ hohen Mindestlöhnen die Beneluxstaaten, Frankreich, Großbritannien und Irland. Zur zweiten Gruppe mit mittleren Mindestlöhnen gehören Spanien, Portugal, Malta, Griechenland und Slowenien, zur dritten Gruppe die restlichen Staaten.
24

25
26 Von besonderem Interesse bei den unterschiedlichen Niveaus der jeweiligen nationalen Mindestlöhne ist das Verhältnis Mindestlohn gemessen in Kaufkraftparität. So reduziert sich das Verhältnis eklatant zwischen dem niedrigsten und dem höchsten gesetzlichen Mindestlohn in der EU von 1:13 (gemessen in Euro) auf etwa 1:5. Nicht die absolute Höhe des Mindestlohns ist relevant, sondern die relative Höhe.
30

31
32 **Europäische Sozialcharta verwirklichen**

33
34 Die Europäische Union hat sich längst in ihrer Europäischen Sozialcharta auf einen Mindestlohn geeinigt. So heißt es dort, unter Artikel 4, dass alle Vertragsparteien dazu verpflichtet sind, „[...] das Recht der Arbeitnehmer auf ein Arbeitsentgelt anzuerkennen, welches ausreicht, um ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard zu sichern [...]“.
37

38
39 **Was ist ein fairer Lohn?**

40
41 Die Mindestlohndebatte besitzt einen normativen Ansatz. Es geht dabei schlichtweg um die Beantwortung der Frage, was ein *fairer* Lohn ist. Zur Beantwortung dieser Frage müssen die drei Prinzipien sozialer Gerechtigkeit herangezogen werden:
43

44
45 1. *Leistungsgerechtigkeit*: Der Lohn muss in einem angemessenem Verhältnis zur geleisteten Arbeit stehen.
46

1 2. *Verteilungsgerechtigkeit*: Betrachtet die gesamtgesellschaftliche Einkommensverteilung.

2
3 3. *Bedarfs- und Teilhabegerechtigkeit*: Räumt dem Arbeitnehmer nicht nur ein physisches Exis-
4 tenzminimum ein, sondern darüber hinaus eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen
5 Leben.

6
7 Ein Mindestlohn muss den Wert geleisteter Arbeit widerspiegeln. Darf also sowohl nicht unterhalb,
8 aber auch nicht über erbrachter Leistung liegen. Zudem muss er in einem gerechten Verhältnis zu
9 anderen Löhnen stehen, um keine Neid- und Gerechtigkeit-Empfindungsdebatte auszulösen. Gleich-
10 zeitig jedoch dem Arbeitnehmer eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. Ein Mensch muss von
11 seiner Arbeit in Würde leben können, sich selbst verwirklichen und finanziell unabhängig sein.

12 **Kein negativer Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung**

13
14
15 Wir Jusos weisen Behauptungen neoliberaler Ökonomen, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernich-
16 ten würden, vehement zurück. Solche Behauptungen sind schlichtweg falsch und längst widerlegt.

17
18 So stellen keynesianische Ökonomen fest, dass gesetzliche Mindestlöhne zur Stabilisierung der Bin-
19 nennachfrage beitragen, da gerade bei Niedriglohnbezieher die Konsumquote hoch ist. Zudem könn-
20 te der Mindestlohn bei hoher Arbeitslosigkeit gegen deflationäre Lohnkürzungen schützen. Gerade
21 exportorientierte Länder – wie Deutschland – können davon profitieren.

22
23 Längst haben amerikanische empirische Studien (David Card und Alan B. Krueger) erwiesen, dass
24 keine Korrelation zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigung besteht. So kommt die Untersuchung
25 eindeutig zu dem Ergebnis, dass die Erhöhung des Mindestlohns keinen negativen Einfluss auf die
26 Beschäftigung hatte.

27
28 Auch für die europäischen Länder gibt es Vergleichsstudien. So kommen zahlreiche empirische Stu-
29 dien darüber überein, dass die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in Irland und Großbritannien
30 keine Beschäftigungswirkungen nach sich zogen. Die Law Pay Commission (Gremium aus Arbeitge-
31 bervertretern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern, dass die britische Regierung berät) kam zu
32 dem Schluss, dass weit über eine Million Menschen von der Einführung des Mindestlohnes profitie-
33 ren würden und zugleich die Lohndiskriminierung bei Frauen abnahm. Gleichzeitig sei ein Beschäfti-
34 gungszuwachs zu verzeichnen gewesen.

35 **Mechanismen zur Anpassung gesetzlicher Mindestlöhne**

36
37
38 Man kann zwischen vier Mechanismen zur Feststellung und Anpassung gesetzlicher Mindestlöhne
39 differenzieren:

40
41 1. *unilaterale Festlegung*: Es handelt sich dabei um ein rein politisches Verfahren, bei dem die
42 jeweilige Regierung vollkommen eigenmächtig, also ohne institutionalisierte Diskussions-
43 und Konsultationsforen oder gesetzlich festgelegte Anpassungsregelungen, über die Höhe
44 der Mindestlöhne entscheidet. Spielt aber in der europäischen Staatenlandschaft keine Rolle,
45 sondern trifft nur auf die USA zu. Dies hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass der natio-

1 nationale Mindestlohn unter einer republikanischen Regierung über mehrere Jahre hinweg nicht
2 mehr erhöht wurde und damit im seinem Realwert deutlich gesunken ist.

3
4 2. *Konsultationsverfahren*: Erst nach Absprache mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften wird
5 über die Höhe des Mindestlohns entschieden. Diese sprechen dann Empfehlungen für die
6 periodischen Erhöhungen aus. Diese Form dominiert bei den europäischen Staaten.

7
8 3. *bi- oder tripartistische Verhandlungen*: Hier wird zunächst der Mindestlohn zwischen den
9 Dachverbänden der Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Anschließend wird
10 dann der Gesetzgeber die Verhandlungsergebnisse umsetzen.

11
12 4. *automatische Erhöhung*: Der Mindestlohn wird automatisch an die Preis- und Lohnentwick-
13 lung angepasst. Der vierte Typus hingegen scheint über längere Sicht die größte Gewähr zu
14 geben, dass die Entwicklung der Mindestlöhne mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwick-
15 lung Schritt halte.

16
17 Folglich ergibt sich für uns Jusos, dass wir die Anpassung eines eingeführten, europäischen Mindest-
18 lohns durch eine Mischform aus einem Konsultationsverfahren und einer automatischen Erhöhung
19 fordern. Wir wollen die betroffenen Parteien in den Prozess einbeziehen. Die Gewerkschaften sollen
20 weiterhin gestärkt bleiben. Gleichzeitig wollen wir aber sicherstellen, dass man von einem europä-
21 ischen Mindestlohn leben kann. Dies kann man am besten mit einer zusätzlichen Regulierung si-
22 chern, die eine automatische Erhöhung eines Mindestlohns vorsieht, der primär bei 50 Prozent des
23 Durchschnittseinkommens und perspektivisch bei 60 Prozent liegen sollte.

24 25 **Niedriglohndumping verhindern – Stop der neoliberalen europäischen Wirtschaftspolitik**

26
27 Wir Jusos stellen fest, dass der Niedriglohnsektor in der europäischen Union zunimmt. Gestärkt und
28 gefördert ist dies durch die neoliberale Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. So müssen alleine
29 in den alten EU-Staaten (EU 15) mehr als 15 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor arbeiten.
30 Das macht mehr als 20 Millionen Menschen aus.

31
32 Klar ist für uns auch, dass die derzeitigen Lohnregelungen in den meisten Ländern der Europäischen
33 Union nicht mehr ausreichen. Insbesondere wird durch die europäische Dienstleistungsrichtlinie,
34 welche die Festschreibung des Herkunftslandprinzips vorsieht, der Niedriglohnsektor noch weiter
35 gefördert. So muss man feststellen, dass lediglich in Irland, Luxemburg und Malta der nationale Min-
36 destlohn annähernd dem Schwellenwert von 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohns, ent-
37 spricht. Alle Löhne die da darunter liegen, muss man als Armutslöhne bezeichnen.

38 39 **Eine europäische Antwort muss her**

40
41 Die zunehmende Globalisierung und die damit verbundene einhergehende neowirtschaftliche Libera-
42 lisierung der Märkte macht also eine europäische Antwort notwendig, wenn die Europäische Union
43 ihrem Anspruch der Europäischen Sozialcharta gerecht werden will. Vor dem Hintergrund eines ge-
44 meinsamen europäischen Binnenmarktes und einer zunehmend integrierten europäischen Wirt-
45 schaft ist eine europäische Mindestlohnpolitik dringend geboten.

1 Die Verwirklichung eines zeitnahen, einheitlichen Mindestlohnmodells ist unrealistisch. Solche Forde-
2 rungen sind angesichts der gravierenden ökonomischen Unterschiede zwischen den einzelnen euro-
3 päischen Staaten rein hypothetisch.

4
5 Wir fordern deswegen einen realistischen Konzept, der davon ausgeht, dass ein europäischer Min-
6 destlohn eher in einer gemeinsamen europäischen Norm besteht, die ein bestimmtes nationales
7 Mindestlohnniveau im Verhältnis zur nationalen ökonomischen Leistungskraft definiert.

8 9 **Europa muss endlich handeln**

10
11 Fest steht, dass die europäische Gemeinschaft eine Antwort auf die zunehmende Ausdehnung des
12 Niedriglohnsektors finden muss. Jede Zeit, die dabei untätig verloren geht, geht dabei auf Kosten der
13 arbeitenden europäischen Bevölkerung. Zeit, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter ausei-
14 nander treibt. Zeit, die für ein steigendes Ungerechtigkeitsgefühl sorgt. Zeit, die weiter working poor
15 fördert. Zeit, die uns verloren geht, gegenüber einer ungebremsten neoliberalen Wirtschaftspolitik.

16
17 Verlierer dieser gesellschaftlichen Diskrepanz sind dabei nicht nur die betroffenen Menschen, son-
18 dern die EU selbst. Zum einen wird die EU ihrem Anspruch eines sozialen Europas nicht gerecht – die
19 Europäische Sozialcharta bleibt nicht realisiert. Zum anderen wächst damit gleichzeitig die Unzufrie-
20 denheit seitens der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union.

21
22 Die Europäische Union ist also gezwungen zu handeln. Sie muss den sich selbst auferlegten Grund-
23 satz erfüllen, wonach jedem abhängig Beschäftigten ein Leben in Würde und Selbstbestimmung er-
24 möglicht werden soll.

25 26 **Methode der offenen Koordinierung – nationale Differenzen überwinden**

27
28 Die Methode der offenen Koordinierung hat bereits in anderen Politikfeldern funktioniert und könnte
29 auch hier ein wirkungsvolles Instrument sein. Zumal eine Einführung eines europäischen Mindest-
30 lohns nicht über die Nationalstaaten hinweg entschieden werden kann. Da hier bekanntermaßen
31 sehr unterschiedlichen Interessen verteidigt werden, scheint die Methode der offenen Koordinierung eine
32 wichtige und vielleicht auch funktionierende Möglichkeit zu sein, die Interessen zu bündeln und Dis-
33 sension zu überbrücken.

34 35 **Europäer für ein gerechteres Europa**

36
37 Wir Jusos stellen also fest, dass der europäische Mindestlohn unabwendbar ist. Wer die soziale Spal-
38 tung verhindern, soziale Gerechtigkeit wiederherstellen und wirtschaftliche Sicherheit herstellen will,
39 der muss mit uns gemeinsam für einen europäischen Mindestlohn kämpfen.

40
41 Der Mensch ist nicht für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft für den Menschen. Die Würde
42 eines Menschen ist unantastbar. Europa muss hier eine Voreiterrolle spielen und sich nicht den fi-
43 nanzgetriebenen freien Märkten beugen. Der europäische Mindestlohn ist die richtige Antwort auf
44 die wachsende politische Handlungsunfähigkeit. Wer die europäische Bevölkerung vor dem freien,
45 neoliberalen Markt, samt seiner ungerechten und menschenunwürdigen Tätigkeiten, schützen will,
46 der muss mit uns Jusos gemeinsam für einen europäischen Mindestlohn eintreten.

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 **Freie Fahrt für den Zug der Erinnerung**

2

3 Die Juso Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

4

5 „Nie Wieder Krieg – Nie Wieder Faschismus“, diese Botschaft gehört für uns Jusos zum Grundbe-
6 standteil unseres politischen Engagements. Das Gedenken an den Holocaust und die Erinnerung an
7 Folter, Unterdrückung und Massenmord durch die Nazis sind für uns Jusos wichtige Pfeiler unseres
8 Geschichtsbewusstseins. Wir wissen: Die jungem Menschen in Deutschland haben keine Schuld für
9 die deutsche Geschichte. Aber die deutsche Geschichte ist und bleibt unsere historische Verantwor-
10 tung, gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus einzutreten. Deshalb setzen wir uns unter
11 anderem für eine Stärkung der Erinnerungsarbeit und den Erhalt von NS-Gedenkstätten ein.

12 Der „Zug der Erinnerung“ ist eine Gedenkstätte für in der NS-Zeit deportierte Kinder und Jugendliche,
13 der auf dem Schienennetz der Deutschen Bahn AG fährt und von jeder Stadt, die an einer Bahnstrecke
14 liegt angefordert werden kann.

15 Die Deutsche Bahn AG als „Historische Erbin“ der Reichsbahn stellt jedoch hohe Forderungen an den
16 Verein „Zug der Erinnerung e. V.“, Gebühren für die Nutzung der Schienen (Trassengebühr), Gebüh-
17 ren für den Zugang zur Ausstellung auf deutschen Bahnhöfen (Stationsgebühr) und Gebühr für den
18 Strom, mit dem die Ausstellung beleuchtet wird (Anschlussgebühr).

19 Durch die immensen Finanzforderungen der DB wird das Gedenken an diese jungen Menschen be-
20 hindert. Die Ausweitung der Strecke bis Auschwitz, und damit die Möglichkeit vieler die Ausstellung
21 zu besuchen, ist dadurch in Frage gestellt.

22 Wir Jusos fordern deswegen die Deutsche Bahn auf, dass sie jegliche Geldforderungen gegenüber
23 dem Projekt "Zug der Erinnerungen" zurücknimmt.

R 1

Antragssteller: Kreisvorstand



Kreisverband Osnabrück-Land

 angenommen abgelehnt überwiesen an:**1 Keine Verschlechterung der Bildungsqualität zugunsten eines früheren Berufseinstiegs****2 Bildung braucht Zeit!**

3

4 Die Juso Kreisverbandskonferenz möge beschließen:

5

6 Sehr geehrte Frau Heister-Neumann,

7

8 wir Jusos Osnabrück Land fordern ihr Ministerium und die gesamte schwarz-gelbe Landesregierung
9 auf, ihr Handeln in Bildungsfragen grundlegend zu überdenken und zu ändern, denn dies ist der fal-
10 sche Weg!

11

12 Nach dem neuesten Vorstoß Ihrer Regierung sollen nun die Kerncurricula der niedersächsischen
13 Gymnasien zugunsten des Abiturs nach 12 Jahren „auf das Wesentliche“ ausgedünnt werden. Wir
14 sehen diese Ausdünnung als Verschlechterung der Bildungsqualität zugunsten von wirtschaftlichen
15 Interessen und Profitgier an!

16

17 Auch wenn das Wort sich vom lateinischen „curricula“ ableitet, welches Lauf oder Wettlauf bedeutet,
18 kann es dennoch nicht Ziel der Schule sein, als erster im Ziel zu stehen! Was am Ende zählt, ist nicht
19 die Zeit, die für den Weg gebraucht wurde, sondern die Erfahrung und Bildung, die man auf dem Weg
20 (oder oft auch am Wegesrand) sammeln konnte. Für diesen nicht nur fachlichen, sondern auch emo-
21 tional-sozialen Bildungserwerb, der auch Aufgabe einer Schule sein muss, brauchen die Läufer, sowie
22 deren Trainer, aber nun einmal Zeit und Geduld! Nur so können sich die Schulabgänger später an
23 Universitäten und im Berufsleben behaupten und Lehrer ihren Job zufrieden ausführen. Wirtschaftli-
24 che Interessen dürfen hier nicht überwiegen!

25

26 Die Verkürzung der Schulzeit für Abiturienten auf 12 Jahre war ein Schritt in die falsche Richtung: Sie
27 verschlechterte nicht nur das allgemeine Bildungsniveau, sondern trieb auch die Stundenzahl schon
28 in der Mittelstufe auf momentan 34 Stunden in die Höhe. Dies stellt eine enorme Belastung für die
29 Schulen, die Schüler und die Lehrer dar!

30

31 In diesem Zusammenhang müssen eigentlich auch Themen wie „Mittagessen“, „Ruhezeit“ und
32 „Lernbereitschaft“ größeren Stellenwert besitzen. Von der Landesregierung wurden sie bei der Be-
33 schlussfassung über das Abitur nach 12 Jahren aber offensichtlich nicht berücksichtigt: Vielen, der
34 nun an mindestens zwei Tagen schon als Ganztageseinrichtungen anzusehenden Schulen, fehlen an-
35 gemessene Einrichtungen, um den Schülern so etwas wie eine „Mittagspause“, geschweige denn
36 eine Mahlzeit bieten zu können. Dies wirkt sich, was nur allzu verständlich ist, negativ auf die Stim-
37 mung und somit auf die Lernbereitschaft der „Ganztags Schüler“ im Nachmittagsunterricht aus. Ein
38 wirkungsvolles Lernen ist unmöglich. Das viele Schüler es gemeinsam mit ihren Lehrern dennoch
39 schaffen, verdient größte Anerkennung, darf aber nicht zur Selbstverständlichkeit verkommen! Ihre
40 „Wohltat“, den Einrichtungsstopp für Ganztagschulen „noch einmal zu überdenken“ kann in diesem
41 Zusammenhang nur als lächerlich bezeichnet werden! Die Einrichtung weiterer Ganztagsmöglichkei-
42 ten ist keine Option, sie ist in diesem Zusammenhang eine Pflicht!

1 Auch geht die Verkürzung der Schulzeit, und somit die Stauchung der gleichen Lerninhalte in weniger
2 Jahre, viel zu oft zu Lasten hervorragender Nachmittagsangebote vieler Schulen und außerschuli-
3 schen Engagements vieler Schüler. Diese sind es aber, die für die sozial-emotionale Entwicklung der
4 Schulkinder hin zu den reifegeprüften Erwachsenen auch eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb
5 gilt es hier, keine „Fachidioten“ zu schaffen, sondern rund um begabte Schüler in das weitere Leben
6 zu entsenden, die mit dem Abitur nicht nur einen hohen Bildungsabschluss erzielt haben, sondern
7 auch über ausgeprägte soziale Kompetenzen verfügen sollten. Nicht umsonst nannte man es in allzu
8 ferner Vergangenheit „Reifeprüfung“. Dies darf als Aufgabe von „Schule“ nicht auf der Strecke blei-
9 ben und einer höheren Ökonomie zu Lasten fallen!

10
11 Des Weiteren wird die Durchlässigkeit des ohnehin längst überholten dreigliedrigen Schulsystems
12 durch das Abitur nach zwölf Jahren weiter verdrängt. Einem Realschüler, der nach der zehnten Klasse
13 auf das Gymnasium wechseln möchte, um dort sein Abitur abzulegen, wird nun ein noch größerer
14 Stein in den Weg gelegt! Dies ist unfair und würde in einem fairen Spiel zur Disqualifikation des Ver-
15 ursachers, also Ihnen, Frau Heister-Neumann, führen!

16

17 Wir Jusos Osnabrück-Land fordern deshalb von Ihnen:

18

19 - Rücknahme des Abiturs nach 12 Jahren!

20

21 - Einrichtungsstopp für Ganztagschulen sofort widerrufen!

22

23 - Reform des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten der zukunftsfähigen Schule!

24

25 - Stärkere Honorierung von Schüler- und Lehrerleistungen, die über das zu Erwartende hinaus
26 gehen, um Engagement und Zivilcourage zu fördern!

27

28 Nur so kann der wahre Weg aus dem PISA-Tal aussehen!

29

30 Die Jusos Osnabrück-Land